

# Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Verantwortl. Anst. Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 9141, Post-Red.-Kontor: Postfach-Amt Breslau Nr. 5352.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expediton: Hutstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Grunpferstraße Nr. 5, durch die Zeitungs-Vertriebsstelle Reichelt, Kottbusstraße 140, sowie durch alle Ausstatter zu beziehen. Wöchentlich 3000 Mark, monatlich 11700 Mark.

Anzeigenpreis: Die Zeilenpreise für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1200 Mt., auswärts 1500 Mt., Anzeigen unter 2000 Mark, ausm. 2000 Mt., Stellenanzeigen 300 Mark, Familienangelegenheiten, Verträge, Veranlassungen und Mahnungen 400 Mark, kleine Anzeigen pro Wort 100 Mt., das selbe Wort 150 Mt., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expediton Hutstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

## Dollarstand und Arbeitslosigkeit

### Wie lange „bessert“ Markkurs die Konjunktur?

Ein wirtschaftlicher Mitarbeiter schreibt uns. Ein anschauliches Bild von der Entwicklung der industriellen Konjunktur in Deutschland geben die Berichte, welche eine größere Zahl industrieller Firmen an das Reichsarbeitsblatt erstatten. Es ist dazu von vornherein zu bemerken, daß es sich bei diesen Berichten um keine exakte Statistik handelt. Dazu sind die Methoden der Erforschung zu subjektiv, die Ergebnisse der einzelnen Monate stimmen infolgedessen nicht überein, je nachdem, ob beispielsweise der Beschäftigungsgrad für die Monate April aus den für April selbst erstatteten Meldungen oder erst aus den späteren Berichten vom Monat Mai zugrunde gelegt werden. Immer gibt es kleine Unterschiede, die zum Teil auch darauf zurückzuführen sind, daß der Kreis der berichtserstattenden Firmen nicht immer der gleiche ist. Trotzdem sind diese Berichte ein wertvoller Stimmungsmesser, der für eine große Zahl von Firmen — im Juni 1445 — und für eine erhebliche Zahl von Arbeitern — in den einzelnen Monaten 1—1½ Millionen — die Beurteilung des Geschäftsganges und der Beschäftigungsmöglichkeit einigermaßen sachlich spiegelt. Wir haben im folgenden die Ergebnisse dieser Erhebung vom Mai 1922 bis Juni 1923 zusammengestellt. Von 100 Erwerbstätigen arbeiteten danach in

	gut beschäftigten Betrieben	befriedigend	schlecht	14 Prozent
Mai 1922	57	26	14	
Juni 1922	56	32	10	
Juli 1922	56	30	12	
August 1922	53	31	15	
September 1922	49	35	14	
Oktober 1922	45	37	17	
November 1922	47	40	8	
Dezember 1922	35	45	20	
Januar 1923	32	42	26	
Februar 1923	27	42	31	
März 1923	20	30	50	
April 1923	15,8	30,5	53,5	
Mai 1923	18	36	41	
Juni 1923	18	39	43	

Was lehren diese Ziffern? Die geringe Verschlechterung des Markkurses vom Mai auf Juni v. J. konnte noch eine Verringerung der schlecht beschäftigten Betriebe herbeiführen, wenn auch die Zahl der gut beschäftigten Betriebe etwas zurückging. Die Verdoppelung des Dollarurses vom Oktober auf November v. J. ließ die Zahl der schlecht beschäftigten Betriebe sinken, die der befriedigten und gut beschäftigten steigen. Die Verschlechterung des Markkurses von April auf Mai d. J. hingegen hatte zur Folge, daß die Zahl der gut beschäftigten Betriebe auf einen Tiefpunkt sank, wenn auch die Zahl der schlecht beschäftigten Betriebe, die im April ihren Höhepunkt erreicht hatte, nach den neuen Berichten etwas zurückging. Als nun im Juni der durchschnittliche Dollarurs sich weit mehr als verdoppelte, gab es zwar wieder eine allgemeine Besserung der Beschäftigungslage. Aber auch jetzt ist das Bild trübselig genug. 43 Prozent der Arbeitenden sind in notorisch schlecht beschäftigten Betrieben, während deren Anteil im vergangenen Jahre zwischen 8 und 20 Prozent schwankte. Die Zahl der Arbeiter in gut beschäftigten Betrieben ist mit 18 Prozent, etwa ein Drittel derjenigen, die man im vorigen Jahre zu verzeichnen gewohnt war. Hieraus wird ersichtlich, daß die Wirtschaft unter den Folgen der Geldentwertung und des Marksturzes mehr leidet, als sie unter den Einwirkungen einer Zufallskonjunktur zeitweilig gewinnt. Das ist eine wichtige Beobachtung, die immer wieder denjenigen entgegengehalten werden muß, welche im Falle einer Stabilisierung der Mark oder auch nur der vorläufigen Einführung einer Goldrechnung für die gesamte Wirtschaft eine Krise prophezeien. Dieser Krise eilen wir ohnehin unaufhaltsam entgegen, weil die ganze Produktion und Warenverteilung infolge der wirtschaftlichen Desorganisation die Größe der Verluste nicht mehr erträgt. Daß die Krise nicht nur Katastrophe wird, läßt sich allein vermeiden durch aktive Währungs politik und Wirtschaftspolitik für die deutsche Mark.

### Steigende Notenflut — Abnahme des Reichsbankgoldes.

Unausgesetzt arbeitet die Notenpresse und zwar in einem bis aufs äußerste angepannten Tempo. In der zweiten Juliwoche wurden nicht weniger als 5,25 Billionen Papiermark neu in den Verkehr gesetzt und der Banknotenumsatz damit auf 25,5 Billionen Mark gesteigert. Die gewaltige Zunahme der Notenflut geht in der Hauptsache zurück auf die Kreditbedürfnisse des Reiches. Nachdem sie in der zweiten Juliwoche rund acht Billionen Mark Schatzanweisungen dem Reich hat diskontieren müssen, zuzühen jetzt für annähernd 30 Billionen Mark Schuldverschreibungen des Reiches in den Tresors der Reichsbank. Die anhaltende Inflation ist bekanntlich ein starker Antrieb zur Vermehrung der Nachfrage am Devisenmarkt, die die Reichsbank neuerdings fast durchweg mit eigenen Mitteln, d. h. durch Veräußerung der Veräußerung von Gold, zu befriedigen sucht. In der Woche vom 7. bis zum 14. Juli, wo die Reichsbank bereits mit schärfsten Zuteilungen die Nachfrage nach Devisen einzuschränken versucht hat, mußte sie gleichwohl, um überhaupt Material an den Markt bringen zu können, nicht weniger als 50 Millionen Goldmark aus ihrem Goldbestande verkaufen. Auf diese Weise schrumpfte der gesamte verfügbare Goldbestand der Reichsbank auf 656,9 Millionen Goldmark zusammen, wovon 110 Millionen sich im Ausland befinden. Der ganze Ausweis ist ein geradezu vernichtendes Zeugnis für die fehlerhafte Devisenpolitik der Reichsbank, die auf der einen Seite mit technischen Mitteln den Markt zu befruchten sucht und das nur in unzulänglichem Maße tun kann, während auf der anderen Seite die wachsende Inflation die Geldentwertung, und damit die Flucht aus der Mark, geradezu fördert. Erst nachdem der Reichsbank-Goldbestand um fast ein Drittel zurückgegangen ist, erwägt man die Auflegung einer wertbeständigen Reichsanleihe, die auf Goldmark lauten und in Papiermark eingezahlt werden soll. Man erwägt so noch immer Taten, die nach den Forderungen unbefangener Sachverständiger und nach den Wünschen der Sozialdemokraten schon längst hätten erfolgen müssen, wenn man den Abstieg der Mark wenigstens bremsen wollte.

### Für Einberufung des Reichstages

„In der Welt am Montag“ Belmont von Gerlach ein. Die Fragen des Beitritts zum Völkerbunde werden in der Welt am Montag nicht erörtern, während der Reichstag sich noch vor dem Herbst entscheiden müsse, falls nicht wieder ein Jahr verloren sein soll. Gerlach empfiehlt weiterhin die Entsendung eines Botschafters nach Paris. Er verweist ferner u. a. auf die Notwendigkeit, dem Reichswirtschaftsminister zu neueren Vorgehens in der Reichswehr eine Stellungnahme aufzugeben und in der Finanzpolitik den vollen Reichsbankrott zu verhindern. Gerlach's Vorschlag liegt auf der Linie der Forderungen der mittelschleischen Sozialdemokratie, die der sozialdemokratischen Fraktion ja ihrerseits ein Aktionsprogramm für eine sofortige Reichstagsession erst vorgeschlagen hat.

### Warum verlagst uns das Reichswehr-Ministerium nicht?

Wir haben vor einiger Zeit eine „Berichtigung“ des Reichswehrministeriums wiedergegeben, das unsere Behauptungen über die Unterstützung von Selbstschutzorganisationen durch drei schlesische aktive Reichsoffiziere Bogatsch, Bohnstedt und Budde auf Grund einer angeblichen Untersuchung als unrichtig bezeichnete. Wir haben diese Berichtigung als bewusste Fälschung gekennzeichnet. Gleichzeitig forderten wir das Reichswehrministerium auf, uns deswegen zu verklagen und horten Wahrheitsbeweis für unsere Behauptungen vor Gericht an. Wir stellen fest, daß das Reichswehrministerium nicht geklagt hat, sondern die „bewusste Fälschung“ ruhig einsteckt, obwohl doch zum Beispiel Ausschluß der Öffentlichkeit vor Gericht für etwa besonders delikate Dinge möglich gewesen wäre. Die in Frage kommenden Reichswehroffiziere fürchten unseren Wahrheitsbeweis also offenbar, fürchten selbst das Urteil der heutigen deutschen Ziviljustiz über ihre Missetaten. Das wird für die Öffentlichkeit auch genügen und nicht zu vergessen sein, wenn wieder einmal Berichtigungen des Reichswehrministeriums, sei es über Soldatenmishandlungen, sei es über Unterstützung illegaler Bestrebungen, erscheinen.

### Anlauf eines Bergwerks durch einen Bergarbeiter-Verband — in Amerika.

Die Miners Mine Workers Union hat die Better-Scripps-Schächte in Herrin, wo im letzten Jahre die blutigen Zusammenstöße zwischen streikenden Bergarbeitern und Polizei stattgefunden hatten, für den Preis von 250 000 Dollar käuflich erworben.

Ein Dollar (amtlich) 349 125 Mt.  
Ein Dollar (New York) 350 877 Mt.

## Die Ruhr-Behandlungen zwischen den Ententemächten.

Poincaré verfolgt weiter sein Ziel, die Verhandlungen zu verschleppen. Ehe die Verhandlungen mit Brüssel aufgenommen werden, wird erst ein Rabinettstakt in Paris das englische Dokument erörtern, woran sich dann eine Erörterung durch den Ministerrat schließt, der unter dem Vorsitz Millerands zusammengetreten wird. In Brüssel ist man bestrebt, einen Ausgleich zwischen dem englischen und französischen Standpunkt herbeizuführen. Der Pariser „Temps“ teilt über die Stimmung in Brüssel mit, daß die von England gewünschte Rückkehr zur unsichtbaren Besatzung zwar durchaus in der Richtung der belgischen Politik liege, daß man es aber in Brüssel auf das entscheidende abhänge, sich im voraus die Bedingungen dafür vorzuschreiben zu lassen oder gar bestimmte Garantien für die Abänderung des bisherigen Charakters der Besatzung zu übernehmen. Diese Forderung scheint vom französischen Standpunkt aus gefordert zu sein. Wesentlich anders klingt, was der Korrespondent des Pariser „Intransigence“ schreibt, der mit einer gut unterrichteten belgischen Persönlichkeit eine Unterredung gehabt hat. Diese Persönlichkeit hat sich gegenüber dem Korrespondenten geäußert, Belgien sei mit absoluter Loyalität in das Ruhrgebiet einmarschiert, es wolle mit der gleichen Loyalität wieder hinausgehen. Belgien halte an der Reparationspolitik, an dem Verkauf der Verträge, fest. Belgien sei aber das Land des Freihandels und des internationalen Güterausstausches. Deshalb habe Belgien ein Interesse daran, daß alles getan wird, um eine Neubelebung des Geschäftsverkehrs in der Welt zu erzielen. Belgien habe die Ruhrbesetzung immer als Sanktion aufgesetzt und stehe auf dem Standpunkt, daß die Ruhrfrage erst geregelt werden muß, ehe man an die Frage der interalliierten Schulden und die Einberufung einer Sachverständigenkommission gehe. Auch nach belgischer Auffassung müsse dieses Komité der Reparationskommission unterstellt werden. Andererseits aber sei die belgische Regierung von jeher für die Heranziehung von Sachverständigen gewesen und der Vorschlag ihrer Reparationspolitik sei gewesen, daß man die deutsche Kriegsschuld lobad wie möglich in eine rein kommerzielle Schuld umwandeln müsse. Wenn diese Korrespondenz Recht hat, so bedeutet das eine starke Anlehnung Belgiens an den englischen Standpunkt.

### Genoffe Tom Shaw geht als Delegierter der Internationale ins Ruhrgebiet.

Vorgestern wurde in London eine Konferenz abgehalten, die vom Büro der sozialistischen Internationale einberufen war, um die internationale Lage und den von den Parteien der einzelnen Länder eingenommenen Standpunkt zu erörtern. Anwesend waren Leon Blum - Frankreich, Adolf Braun - Deutschland, Van der Velde - Belgien und Ramsey MacDonald, Shaw und Arthur Henderson für Großbritannien. Die Konferenz beschloß im Hinblick auf den gegenwärtig im Gang befindlichen Austausch von Noten und Anfragen zwischen den alliierten Regierungen usw. das englische Unterhausmitglied Shaw zu eruchen, sich nach dem Ruhrgebiet zu begeben und nach seiner Rückkehr zu berichten, welche Schritte getan werden könnten, um zu einer befriedigenden Lösung der gegenwärtigen Lage zu gelangen.

### Von der Herbstsession des Völkerbundes.

Bei der am 3. September beginnenden Völkerbundsversammlung wird die englische Delegation von Robert Cecil geführt, der bisher Vertreter Südafrikas war, nunmehr aber als Mitglied der englischen Regierung Englands Vertretung übernommen hat, dafür hat die südafrikanische Regierung den Ministerpräsidenten General Smuts zum Führer ihrer Delegation ernannt. Diese Ernennung ist umso bedeutungsvoller, als Smuts von Anfang an Gegner des Versailler Vertrages war und stets für die Schaffung eines wahren Völkerbundes eingetreten ist. Bei der Unterzeichnung des Versailler Vertrages sagte er am 28. Juni 1919 schon, daß seiner Auffassung nach der Friedensvertrag den erhofften Frieden nicht gebracht habe, daß er aber darauf vertraue, daß der Völkerbund sich für Europa noch als der Ausweg aus den Nöten erweisen werde, die dieser Krieg gebracht habe. Man wird wieder Norwegen vertreten.

### Die Abföhlung zwischen Polen und den baltischen Staaten.

Warschau, 22. Juli. (Draht.) Die im Zusammenhang mit der baltischen Konferenz eingetretene Kälte zwischen Polen und den baltischen Staaten läßt die polnische Presse nicht zur Ruhe kommen. Der „Kurier Polski“ erklärt, daß die Abwesenheit des Außenministers Sedwa auf der baltischen Konferenz ein unüberwindliches Verhinderungswort gewesen sei, weil das Warschauer Abkommen vom März 1922 noch halbwegs zu retten gewesen wäre, obgleich Finnland eine Ratifikation derselben abgelehnt hat. Nunmehr sei Polen seitens der baltischen Staaten der Verstoß mitgeteilt worden, daß, falls bei Jahreswende eine Konferenz des Abkommens unterbleiben sollte, das ganze Abkommen für ungültig sein würde. Der sozialistische „Kobornik“, der gleichfalls zu dieser Frage Stellung nimmt, schreibt sogar, daß die Abgabe des Außenministers Sedwa, an den Verhandlungen der baltischen Staaten teilzunehmen, eine gewollte Sabotage gewesen sei. Der „Kobornik“ verweist auf die letzten aus Estland zurückgeführten, die auch über Bestrebungen, die man in politischen Kreisen der baltischen Staaten gegen ein Bündnis mit Polen hegt, zu melden, da die Ansicht vertretten wird, daß die baltischen Staaten in diesem Falle zu leicht in einen Krieg gegen Deutschland und auch gegen Rußland hineingezogen werden könnten, wenn es Polen und vielmehr Frankreich wünschen sollte.

Der russisch-polnische Freundschaftsvertrag ein Friedensvertrag und ein Handelsvertrag, dessen Ratifikation und genehmigten Verträge...



# Neue Verwicklungen auf dem Balkan

Wert ein instruktiver Leitartikel unseres Wiener Wanderblattes. Wir lesen dort:

Die außenpolitische Lage des jugoslawischen Staates ist nicht weniger als befriedigend. Die alle Zwistigkeit mit Italien, das nach der Beherrschung der Adria, des „nostrum mare“, trachtet, verwickelt sich aufhebend. Der jugoslawische Staatsteil hat die jugoslawischen Elemente in Italien zur Macht emporgehoben, die die Adria immer als ein italienisches Binnenmeer betrachtet und die „Schlappheit“ der Mittel, Orlando und Stozza immer getadelt haben, weil sie dem amerikanischen Druck, der von Wilson im Interesse der Jugoslawen ausgeht, nachgegeben haben. Eben jetzt wird die jugoslawische Regierung die Gimanerfrage auf und die nationalitalienische Frage rückt zur offenen Frage auf und die nationalitalienische Frage rückt zur offenen Frage auf und die nationalitalienische Frage rückt zur offenen Frage auf.

Unter solchen Umständen hätten die jugoslawischen Machthaber allen Grund, ihren Staat für die sich antänzigende auswärtsgerichtete Krise wenigstens innerlich zu stärken. Statt einer bejauenden Staatspolitik treibt aber die Regierung hauptsächlich im Innern einem gewalttätigen Zusammenstoß zu. Durch die Gründungsgeheimnisse und durch die ganze Entwicklung des neuen Staates sieht sich als roter Faden der Kampf zwischen dem großserbischen militärischen Zentralismus und dem jugoslawischen föderalistischen Föderalismus hindurch. Radic ist heute der nur am stärksten exponierte Kämpfer der Richtung, die den südslawischen Staat nicht als eine großserbische Militärdiktatur, sondern als einen freien und demokratischen Bundesstaat aller jugoslawischen Stämme gründen wollte. Da der großserbische Gedanke seine heftigste Spitze und seine Vollendung in der Dynastie fand, ist Radic allmählich zu einem Republikaner geworden, in dem sich die Überzeugung befestigte, daß sich die nationale Autonomie aller Südslawen nur in einer Republik verwirklichen könne. Diesem staatsrechtlichen Moment gefellen sich politische und soziale Erwägungen bei: der Satz, die Erbschaft der Intelligenz, der arbeitsfähigen Söhne der aufsteigenden Bourgeoisie, für die der selbstbestimmte Bauernführer nur Verachtung und Schikane hat. Der Augenblick, in dem Stambuliski von einer solchen Kamarilla, von den um Amt und Würde gebrachten alten Politikern und Soldaten meuchlings umgebracht wurde, scheint vollständig den Gedanken eingegeben zu haben, mit Radic, dem dem jugoslawischen Bauernführer in so mancher Hinsicht ähnlich, ein Ende zu machen. Vielleicht meint auch Radic, daß die Zerstückelung dieses gefährlichsten Feindes der Militärpartei die militärische Schlagkraft des Reiches erhöhen würde, wenn sie noch vor der mit Ungarn, Italien, Bulgarien drohenden militärischen Auseinandersetzung geschieht.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Kommunistische Erfolge bei den Metallarbeiter-Wahlen.

Die Verbandstagswahlen der Metallarbeiter litten im Reich unter Wichtigkeit. Leider muß festgestellt werden, daß sich die Partei der Nichtwähler zum großen Teil aus Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei rekrutiert. Wenn die Kommunisten hier und da Erfolge erzielt haben, so ist das am meisten auf die schlechte wirtschaftliche Lage an und für sich zurückzuführen, die die Arbeiter unüberlegten Verzweiflungsparolen folgen läßt, aber wohl auch auf die bedeutende Hege, die die Kommunisten in den letzten Wochen gegen die Vereinigte Sozialdemokratische Partei entfaltet haben.

Für Berlin liegen die Endresultate noch nicht vor. Bis zur Stunde werden gezählt:

für die kommunistische Liste	für die sozialdemokratische Liste
54 287 Stimmen	22 272 Stimmen

In Dresden erhielten unsere Genossen die Majorität.

Die kommunistische Liste	Die sozialdemokratische Liste
49 155 Stimmen	24 166 Stimmen

Gelsenkirchen	1948	1527
Solingen	4297	564
Nelbert	1819	723
Düsseldorf	4513	3854
Chemnitz-Stadt	7300	7900
Stettin	673	1501
Hiel	1023	1575
Hamburg	3489	4928
Bremen	1075	2017
Lübeck	910	996

### Über die neuen wertbeständigen Löhne und Gehälter in den Reichs- und Staatsbetrieben

wird uns aus Gewerkschaftskreisen unter anderem folgendes geschrieben: Einmalig wurde auf der Basis der Richtlinien und an Hand der amtlichen Indizes am 19. Juli die Neuregelung der Löhne und Gehälter vorgenommen. Damit wurde der erste größere praktische Versuch gemacht, die Kaufkraft der Löhne und Gehälter zu stabilisieren, und es darf gesagt werden, dieser Versuch ist gelungen. Man darf hoffen, daß sich die Verhandlungen in Zukunft ungleich einfacher gestalten wie bisher. Der Apparat wird kleiner, an Zeit und Kraft wird in erheblichem Maße gespart und, was das Wichtigste ist, das Personal ist nur einer weiteren Senkung des Reallohnes gekürzt. Ob und wie weit eine Hebung des Reallohnes damit verbunden werden kann, muß die Zukunft lehren, und diese Entwicklung wird von anderen Faktoren beeinflusst.

Großen Schwierigkeiten begegnete die Festsetzung der Ausgabensindizes, die dem derzeitigen Stand der Entwicklung entspricht und die für den weiteren Aufbau von großer Bedeutung ist. Ein heiß umstrittener Angelpunkt war vor allem die Festsetzung der nur auf dem Wege der Schätzung zu gewinnenden Indizes, vom Tage der Festsetzung derselben bis zum effektiven Lohnstage. Die Ausgangsziffer wurde gefunden durch eine Kombination des Durchschnitts-Index der zweiten Jahreshälfte mit der für die erste Jahreshälfte erfolgten Erhöhung der Bezüge, wobei die bisher stark gesunkene Kurve der Lebenshaltung nicht ganz außer Acht gelassen werden durfte. Nicht so einfach sind die künftigen Indizes im voraus zu ermitteln, wenn auch die Kurve der letzten Tage Anhaltspunkte bietet. Der Reichsindex betrug am 11. Juli 21511 und am 18. Juli 28892. Nun entsteht die Frage: Wie hoch sind voraussichtlich die Ziffern an Lohn bzw. am ersten Verbrauchstage? Und diese sind nur auf dem Wege der Schätzung zu gewinnen. Nur dann wird die Wertbeständigkeit einigermaßen erreicht, wenn die Kaufkraft bis zu dem Zeitpunkt gestiegen wird, an dem der Arbeiter den Lohn in die Hände bekommt.

Bestung ist. Ein heiß umstrittener Angelpunkt war vor allem die Festsetzung der nur auf dem Wege der Schätzung zu gewinnenden Indizes, vom Tage der Festsetzung derselben bis zum effektiven Lohnstage. Die Ausgangsziffer wurde gefunden durch eine Kombination des Durchschnitts-Index der zweiten Jahreshälfte mit der für die erste Jahreshälfte erfolgten Erhöhung der Bezüge, wobei die bisher stark gesunkene Kurve der Lebenshaltung nicht ganz außer Acht gelassen werden durfte. Nicht so einfach sind die künftigen Indizes im voraus zu ermitteln, wenn auch die Kurve der letzten Tage Anhaltspunkte bietet. Der Reichsindex betrug am 11. Juli 21511 und am 18. Juli 28892. Nun entsteht die Frage: Wie hoch sind voraussichtlich die Ziffern an Lohn bzw. am ersten Verbrauchstage? Und diese sind nur auf dem Wege der Schätzung zu gewinnen. Nur dann wird die Wertbeständigkeit einigermaßen erreicht, wenn die Kaufkraft bis zu dem Zeitpunkt gestiegen wird, an dem der Arbeiter den Lohn in die Hände bekommt.

## Breslau (Land)-Neumarkt.

Achtung! Achtung!

Parteiengenossen, Gemeindevorsteher, Gemeindevorsteher, Amtsvorsteher und Kreisverordneten der Kreise Breslau-Land und Neumarkt.

Am Sonntag, den 29. Juli, nachmittags 10 Uhr, im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses zu Breslau.

Gemeindevorsteher-Konferenz.

Tagesordnung:

Wichtige Fragen der Gegenwart für die Landgemeinden unter Berücksichtigung der neueren Gesetzgebung.

Redner: Amts- und Gemeindevorsteher.

Srowig, M. v. L., Altsendorf.

Alle Parteimitglieder, die oben angeführte Kreise betreffen, sowie die Ortsgruppenführer werden ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Parteiemitglieder anderer Kreise, die an der Konferenz teilnehmen wollen, sind willkommen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau-Land-Neumarkt.

J. A. August Kleinert.

## Aus Schlesien.

### Vom schlesischen Arbeitsmarkt.

Fortschreitende Besserung.

(Wochenbericht für die Zeit vom 8. bis 14. Juli 1923.)

Die Besserung der Arbeitsmarktlage hielt weiter an. In der Landwirtschaft bestand starke Nachfrage nach jüngeren Arbeitskräften, namentlich nach Saisonarbeiterinnen für die Ernte. Das Angebot von Arbeitskräften war verhältnismäßig gering. Vermehrt konnten Breslauer Erwerbslose vermittelt werden. In der Forstwirtschaft wird noch eine Anzahl geübter Holzfäller im Gabelschwerdter Bezirk benötigt.

Im Bergbau bestand fast keine Nachfrage nach Arbeitskräften. Neueinstellungen in ganz geringem Umfang fanden nur im Hindenburgsberg Bezirk statt.

In der Industrie der Steine und Erden war die Arbeitsmarktlage ruhig. Anforderungen von Arbeitskräften größeren Umfangs waren nicht vorhanden. Auch in der Glasindustrie waren wesentliche Änderungen nicht zu beobachten.

In der Metallindustrie hält die Beschäftigung weiter an. Namentlich in den Provinzorten sind die landwirtschaftlichen Maschinenarbeiten sehr stark beschäftigt. Dagegen konnte der geringe Bedarf an Arbeitskräften in der ober-schlesischen Metallindustrie infolge Angebots gedeckt werden. Vollarbeit hat eine Eisenwerkerei in Hannover wieder eingeleitet.

In der chemischen Industrie ist die Arbeitsmarktlage unverändert, jedoch nicht unglücklich. Dagegen ist die Arbeitsmarktlage der Textilindustrie noch äußerst schwach und. Im Glaser Bezirk droht infolge der Frachtarbeitererhöhungen wieder eine Störung einzutreten; namentlich die Werke, die mehrere Betriebe besitzen, beschäftigen, die in der Gracht besetzten Metallarbeiten stillsetzen zu lassen, da die Zu- und Abfuhr der Rohprodukte und der fertigen Waren zu und von der abgelegenen Gracht über die Eisenbahnlinien verknüpft ist. Bedingt wird noch in den Webereien des Strehleiner Bezirks gearbeitet. Im Reichensberger Bezirk konnte eine wesentliche Besserung nicht beobachtet werden, daselbst ist der Fall in der ober-schlesischen Textilindustrie. Ebenso ist die Arbeitsmarktlage in der Zellulose- und Papierherstellung und -Verarbeitung unverändert.

### Zentralverband der Zimmerer

Jahrestliche Versammlung

Donnerstag, den 26. Juli, nachm. 4<sup>1/2</sup> Uhr.

## Mitgliederversammlung

im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses.

Tagesordnung:

- Bericht von den Verhandlungen über die Löhne vom 20. Juli bis 2. August.
- Verhandlungsangelegenheiten.

Dhne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Lokalverwaltung.

Bitte bei allen Einladungen zu den Versammlungen der Gewerkschaften und der Arbeitervereine die Tagesordnung mitzubringen.

In Holz- und Schnitzstoffgewerbe sind namentlich die Möbelfabriken — und hier die Luxusmöbelfabriken — sehr gut beschäftigt. Auch in den Sägewerken fanden verschiedene Neuwerbungen statt. Im Streich befindet sich die Holzindustrie zweier Sägewerke in Böhlan.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ist für Bäcker und Fleischer die Arbeitsmarktlage andauernd unverändert. In der Tabakindustrie konnte in Breg eine Zigarrenfabrik wieder eröffnet werden. Dagegen mußte eine Zigarrenfabrik infolge Abwärtsentwicklung wieder Ausrüstung einbringen. Im Glaser Bezirk ist die Tabakindustrie wieder voll beschäftigt. In Canth Kreis Neumarkt, mußte die Kartoffel-Hodenfabrik infolge Mangel an Kartoffeln ihren Betrieb einstellen; jedoch sind fast alle Arbeiter mit Instandhaltung und Reinigung der Maschinen und sonstigen Arbeiten im Betriebe beschäftigt.

Im Bekleidungs-gewerbe hat sich die Zahl der arbeitssuchenden Schneider vermehrt. Nachfrage bestand nach Wäscheherinnen und in geringem Umfang nach Modistin. Im Schuhmachergewerbe ist namentlich in den Schuhfabriken die Beschäftigung günstiger.

Im Baugewerbe hält der gute Beschäftigungsgrad weiter an. Der Mangel an Mauern und Zimmerleuten ist fast allgemein; jedoch besteht zum Teil noch ein Ueberangebot an Malern.

Die Arbeitsmarktlage im graphischen Gewerbe ist unverändert unglücklich.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe herrscht seit Beginn der Berichtswoche starke Nachfrage nach Kräften, aber auch nach Kräften für Musikinstrumenten.

Für häusliche Dienste blieb die Nachfrage nach Arbeitskräften unverändert groß.

Für ungelernete Arbeiter boten die Notstandsarbeiten, sowie die Beschäftigungen im freien (Kirchenpfünden usw.) genügend Beschäftigungsmöglichkeiten.

Für kaufmännische Angehörige ist die Arbeitsmarktlage weiterhin unverändert. Nur nach jüngeren Gehilfen besteht zurzeit lebhaft Nachfrage; auch wurden nach vorqualifizierten Arbeitskräfte hart gesucht. Für Büroangestellte hält die unglückliche Arbeitsmarktlage weiter an. Ebenso ist die Lage für Techniker aller Art wenig günstig.

## Keine ersten Versuche in Gleiwitz.

Der Amtliche Preußische Prestdienst teilt mit: Ueber die Lebensmittellage in Gleiwitz sind vielfach stark übertriebene Behauptungen ausgegeben worden. In Gleiwitz herrscht Ruhe. Es sammelten sich zwar ungefähr 1500 Personen auf den Straßen an, die sich jedoch durch das Eingreifen des Polizeipräsidenten beruhigen ließen. Einlauf von Schupe war nicht notwendig.

## Aus aller Welt.

Revolte in der Irrenanstalt.

Gestern abend sind in der Irrenanstalt des Berliner Zellengefängnisses Moabit Unruhen ausgebrochen. Etwa 40 Gefangene befinden sich in Revolte. Die Insassen schlugen sämtliche Fenster ein, zertrümmerten alle Einrichtungsgegenstände und larmten und johlten derart, daß der Lärm bis zum Lehrter Stadthof hörbar war. Die Gefängnisleitung benachrichtigte die Schutzpolizei, worauf von der zweiten Hundertschaft im Wedding bemannte Schnellautos anrückten und den Gefängniswärtern Beistand leisteten. Die Hauptführer wurden in Einzelzellen untergebracht. Damit war die Ruhe wiederhergestellt. Auch eine Wachkompanie der Reichswehr trat darauf ein, brachte aber nicht mehr in Tätigkeit zu treten. Weitere Zwischenfälle sind nicht eingetreten. Die Irrenabteilung befindet sich in einem besonderen kleinen Gebäude. Auf die Insassen des Hauptgebäudes hat die Revolte nicht übergreifen.

Die ehemalige Warschauer Universitätsbibliothek vernichtet.

Die während des Weltkrieges auf Anordnung der russischen Regierung nach Koston am Don verschleppte Warschauer Universitätsbibliothek ist mit zahlreichen polnischen Werken von hohem wissenschaftlichen und historischen Wert abgebrannt. Das Großfeuer vernichtete neben dieser Bibliothek auch das Hauptgebäude und fast sämtliche Institute der neu errichteten Universität Koston.

## Bereinstalender.

Deutscher Bauernbund. Sektion der Poliere und Schachtmeister. Donnerstag, den 26. Juli, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr, im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses wichtige Sektionsversammlung. Vollständiges Erscheinen erwünscht. Die Sektionsleitung. Zentralverband der Zimmerer. Zahlstelle Breslau. Donnerstag, den 26. Juli, nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr. Mitgliederversammlung im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses. (Näheres siehe Inserat.)

## Breslauer Produktenbörse vom 23. Juli.

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 23. Juli 1923, und zwar seit 16. Juni 1923 nicht mehr Erzeuger, sondern die tatsächlichen an der Börse gezahlten Preise, sämtlich für 50 kg (mit Ausnahme der Mehle, diese für 100 kg) ab schlesischer Verladestation (außer Futtermitteln, die sich Frachtparität Breslau verstehen). — Getreide: Matter. Devisen: Weiter rege Nachfrage. Kartoffeln: Bei lebhafter Nachfrage abwärts. Mehl- und Wahlprodukte: Ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen für 50 Kilogr.: (In Tausendern).

Getreide:	23.	21.	Devisen:	23.	21.
Weizen	900-910	—	Hanf	900	—
Roggen	660	—	Leinamen	1200	—
Hafer	660	—	Wohn, blau	1500	—
Gerste Som.	720	—	Wohn, Wmt.	1000	—
„ Wint.	675	—	Senfamen.	1300	—
Sinje	—	—			

Amtl. Notierung f. 50 kg Montag u. Donnerstag 23. 5.

Kartoffeln: Erzeugerpreis ab Verladestation	140-150	130-140	
Mehlenerzeugnisse: für 100 kg	23.	21.	
Roggenmehl	100 kg	2600-2800	2600-2800
Roggenmehl	100 kg	1900-2100	1900-2100
Wassermehl	100 kg	3220	3220

### Bekanntmachung.

Reine Verordnung vom 21. d. Mts. betr. Verhängung des verschärften Ausnahmestandes habe ich hierdurch wieder auf.

Breslau, den 23. Juli 1923.

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien.

### Fräulein

Mitte 20. eeuw. Schneiderin, 40. J. u. 5. für Frauen, wohnt sich mit schlesischer Frau, auch Blüsen m. Kind zu verheiraten.

Offerten u. Z. 31 Buchenb. 1007

### Alle künstliche Gebisse, einzelne Zähne

Zahn bis 60 000 Mark

(Knochenstoffe die Hälfte)

### Gold- und Silber-Brd. Platin

zum nächsten Tageskurs. Einkauf täglich von 9-6 Uhr.

### Friedrich-Wilhelmstraße 24, 2. Ebg.

Kein Laden. Günther. Kein Laden.





